

# «Eine Gefahr für den soz

**Antoinette Hunziker-Ebnetter** fordert von der Politik endlich handfeste regulatorische Entscheidungen. Diese solle zugleich die Nachhaltigkeitsbranche stärker unterstützen. **VON MARCUS DANKERT**

**V**or mehr als einem Jahr traf Stocks Antoinette Hunziker-Ebnetter. Die Gründerin der unabhängigen Vermögensverwalterin Forma Futura und ehemalige Chefin der Schweizer Börse glaubte, dass die Politik die Chance nutzen und das Laissez-faire gegenüber den Banken wieder zurückerfahren werde. Jetzt zieht sie Bilanz.

**Frau Hunziker, etwas mehr als ein Jahr ist seit unserem letzten Treffen vergangen. Haben sich Ihre Hoffnungen erfüllt?**

**Antoinette Hunziker-Ebnetter:** Um ehrlich zu sein, bin ich von der Entwicklung leicht enttäuscht. Ich hatte erwartet – oder besser gehofft –, dass die Politik die Umstände nutzen würde, um wirklich Änderungen bei den Eigenkapitalvorschriften der Banken durchzusetzen, und dass sie griffige Vorschriften punkto Risikogeschäfte umsetzen würde. Auf politischer Ebene wurde viel darüber geredet, aber kaum etwas umgesetzt.

**Und auf Unternehmensseite?**

Wir sehen einige Firmen, die in Bezug auf das Vergütungsmodell wirklich umdenken und in Richtung Nachhaltigkeit einschwenken. Aber es gibt immer noch Un-

ternehmen, die die Sensitivität für den sozialen Frieden vermissen lassen, und einige gehen einfach «back to normal». Namen muss ich wohl keine nennen. Ein sehr gemischtes Bild.

**Sie sehen den sozialen Frieden gefährdet?**

Es besteht eine gewisse Gefahr, ja. Man muss nur die wilden Streiks und Übergriffe auf Topmanager in Frankreich anschauen.

**Und in der Schweiz?**

Lediglich 0,5 Promille der Schweizer Bevölkerung verdient eine Million Franken und mehr; der Rest verdient weniger. Und diese Schere öffnet sich weiter. Das birgt eine gewisse Gefahr für den sozialen Zusammenhalt – auch in der Schweiz. Um es auf den Punkt zu bringen: Hat die Politik ihre Chance verpasst? Die Politiker stehen vor der Herausforderung, kurzfristig wiedergewählt werden zu wollen. Daher fehlt ihnen oftmals der Mut, Regulierungsvorhaben effizient umzusetzen. Wenn diese Vorhaben nicht genügend effizient angegangen werden, besteht die Gefahr, dass Populismus den Sachverhalt vereinfacht, damit das Gefühl der Bevölkerung trifft und ein wenig ausgereifter Regulierungsvorschlag einen grossen Erfolg hat.

**Klingt nach Kapitulation.**

*(lacht)* Nein, sicher nicht. Doch die Veränderung hin zu mehr Nachhaltigkeit braucht Zeit. Beobachtet man die gegenwärtige Lobbyarbeit gewisser Industriebereiche, so ist klar, dass eine Veränderung aus der Gesellschaft kommen muss. Die Politik, wir Unternehmenschefs und die Aktionäre müssen gemeinsam diesen Wandel tragen.

**Das sind grosse Worte. Geben Sie uns ein Beispiel, wie dies aussehen kann!**

Wir hatten 2009 im Bereich der Unternehmensobligationen erstmals die Situation, dass nachhaltig wirtschaftende Unternehmen vergleichsweise günstiger Geld am Kapitalmarkt aufnehmen konnten. Die Ressource Geld kann via Kapitalmarkt die Veränderung hin zu mehr Nachhaltigkeit beschleunigen.

**Und auf Seiten der Kunden?**

Wir registrieren eine verstärkte Nachfrage nach nachhaltigen Anlageprodukten, insbesondere in der Schweiz. Gut 55 Prozent der Nachhaltigkeitsinvestments in der Schweiz werden heute von Privaten getragen. Im Vergleich zum Ausland nimmt die Schweiz eine absolute Spitzenposition ein.

**Wie steht es um Institutionelle?**

Dort geht die Entwicklung sehr langsam vor sich, dabei wären beispielsweise Pensionskassengelder geradezu prädestiniert für solche Investments, da diese ja langfristig angelegt werden sollen. Aber in diesem Bereich braucht es noch Mut,



**Antoinette Hunziker-Ebnetter**

«Ich bin von der Entwicklung leicht enttäuscht.»